Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich : Milhelm Adametz

Nachtrag vom 9. Sept. 1948

Blatt 1235

Stellungnahme der Gewerkschaft zur Pragmatisierung der Vertragsbediensteten der Gemeinde Wien

Die am 9. September stattgefundene Länderkonferenz der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten stellt mit Bedauern fest, daß in der Konferenz der Vertreter des Städtebundes in Villach ein Beschluß in Personalfragen ohne vorheriges Einvernehmen mit der Gewerkschaft gefaßt wurde.

Die Vertreter des Städtebundes haben die ganze oder auch nur teilweise Wahrung der Bezüge aus der Tarifordnung abgolchnt. In der Erkenntnis, daß man in der derzeitigen wirtschaftlichen Lage den Gemeindebediensteten solche einschneidende Lohnkürzungen nicht zumuten kann, muß die Interessenvertretung der Gemeindebediensteten gegen die geplanten Maßnahmen Stellung nehmen.

In der Vertragsbedienstetenordnung wurde dem Gedanken der Wahrung der Bezüge aus der Tarifordnung Rechnung getragen.

Überdies stellt die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten fest. daß einzelne Statutarstädte bei der Durchführung der Pragmatisierung die Bezüge der übergeleiteten Tarifordnungsangestellten gewahrt haben.

Die Gewerkschaft fordert daher den Städtebund auf, sofortige Verhandlung mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten über die Wahrung der Bezüge der zu pragmatisierenden Bediensteten anzuberaumen und in Hinkunft grundsätzlich ohne vorherige Verhandlung mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten keine bindenden Beschlüsse in Personalfragen zu fassen.